



KLARE KANTE

Zeitung der Fraktionsgemeinschaft FWG Wiesbaden | Pro Auto Wiesbaden



Christian Bachmann

Vorwort

Wahlkampf oder wenn Politiker so tun, als würden sie alles aus eigener Tasche bezahlen

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Interessierte!

Wer aktuell auf dem „politischen Parkett“ unterwegs ist, wird bereits gemerkt haben, dass der Wahlkampf für die Kommunalwahl im März 2026 schon begonnen hat. Im Stadtparlament werden Parteitagsreden geschwungen und Schaufensteranträge gestellt, um die eigenen Wohltaten für die Stadt in blühenden Farben hervorzuheben – und auf den politischen Gegner wird eingedroschen. All das ist ein Stück politischer Alltag und – das gehört zur Wahrheit dazu – auch der Versuch der Abgrenzung vom Koalitionspartner unserer sogenannten „Kooperation“.

Was mich aber am meisten bewegt ist die Tatsache, dass in den sozialen Medien der Eindruck vermittelt wird, man sei ganz allein für diese Wohltaten und Beschlüsse verantwortlich. Häufig wird dabei die politische

Arbeit in den Ausschüssen vergessen, in denen vielleicht alle eine Idee oder sogar den ursprünglichen Antrag eingebracht haben. Und nicht zuletzt – alles, was wir beschließen, kostet Geld. Geld, das von Ihnen, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, erwirtschaftet wurde – und nicht von den Fraktionen bzw. Parteien, die es beschlossen haben.

Das heißt: SIE haben das ermöglicht – auch wenn es manchmal anders dargestellt wird!

Herzliche Grüße

Christian Bachmann, Fraktionsvorsitzender

Auszug aus dem INHALT

Seite 3
Wiesbaden on Ice gerettet

Seite 4
Digitalisierung um jeden Preis?

Seite 5
Massive Parkplatzvernichtung in der Nerostraße

Seite 6
Wie geht es weiter mit dem Palasthotel?



Foto: Christian Hill



Christian Hill
stellv. Fraktionsvorsitzender

Stadtentwicklung

Stillstand bei der City-Passage. Platzt das Projekt Mauritius-Höfe?

Mit größter Beunruhigung habe ich die aktuellen Presseberichte zu den geplanten Mauritius-Höfen auf dem Areal der ehemaligen City-Passage in der Wiesbadener Innenstadt zur Kenntnis genommen. Die Befürchtungen unserer Fraktion, dass das ganze Projekt wohl noch nicht in trockenen Tüchern ist, scheinen sich leider zu bewahrheiten. Mehrfach hatte ich mich in Ausschusssitzungen und Anfragen nach dem Stand der Dinge erkundigt, und immer wieder kamen beschwichtigende Antworten seitens der Stadt und der SEG. Es wurde stets suggeriert, alles sei in Ordnung und lief nach Plan.

Nun stehen offenbar Nachverhandlungen zwischen der Fa. ‚Art Invest‘ und der Stadt Wiesbaden an. Und da ist es schon sehr verwunderlich, dass der bisherige SEG-Geschäftsführer Roland Stöcklin plötzlich (quasi über Nacht) der zuständige Niederlassungsleiter von ‚Art Invest‘ wird. Hier hat also jemand mitten im Spiel die Seiten gewechselt. Das bringt die Stadt Wiesbaden bei Verhandlungen wahrscheinlich in eine schlechte Position, denn ein ehemaliger SEG-Geschäftsführer weiß genau, wie weit die Stadt Wiesbaden bereit ist, dem Investor entgegenzukommen und kennt die Ver-

handlungsstrategie. Wo bleibt hier die sog. ‚Compliance‘, wo die ethischen Regeln? Es sollte auf jeden Fall Schamrösten geben, wenn ein städtischer Geschäftsführer in die freie Wirtschaft wechselt und das ausgerechnet zu einem Unternehmen, mit dem die Stadt gerade ein Multimillionen-Projekt aushandelt. Das hat schon ein ziemliches Geschmäckle.

Sollte das Projekt Mauritius-Höfe nicht realisiert werden, wäre das geradezu ein GAU für die Wiesbadener Innenstadt. Die Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt, die allgemeine wirtschaftliche Lage und die Rahmenbedingungen in der Stadt lassen aber leider nichts Gutes befürchten. In diesem Zusammenhang ist es geradezu fahrlässig von Oberbürgermeister Mende, zu sagen, es gebe in dieser Sache keinen Plan B. Bei einem Vorhaben dieses Ausmaßes hätte man längst über Alternativen nachdenken müssen, falls Plan A platzt. Dass nun im Raum steht, die Stadt selbst soll als Ankermieter in die Mauritius-Höfe einziehen, sehe ich kritisch. Zu oft musste die öffentliche Hand schon in der Vergangenheit bei solchen Fällen einspringen. Auch die städtischen Ressourcen sind endlich. □

Klare Kante!

„Die Innenstadt

muss endlich

aufgewertet

werden!“



Haushalt

Synergieeffekte durch großen Eigenbetrieb für Müll und Grünflächen?

– Aktuell noch das große „Stochern im Nebel“

Christian Bachmann

Wiesbaden hat sich entschieden, die Entsorgungsbetriebe (ELW) sowie das Grünflächenamt zu einem sogenannten „großen Eigenbetrieb“ zusammenzuführen, um Synergieeffekte zu erzielen (beide sind ja mit viel technischem Equipment und Fuhrpark ausgestattet, welches repariert und gewartet werden muss) und das Serviceangebot auszubauen.

Grundsätzlich eine gute Idee, der wir auch inhaltlich zugestimmt haben. Aber warum nur inhaltlich?

Bis heute liegt uns keine Kostenschätzung vor, die diese Synergien irgendwie in Euro beziffert. Wir sehen den Wirtschaftsplan der ELW sowie den Haushalt des Grünflächenamtes und haben den Eindruck, dass hier noch parallel geplant wird. Dass eine Zusammenlegung Geld kostet, liegt in der Natur der Sache, und ich habe in meinem Berufsleben eine ganze Menge Firmenintegrationen begleitet. Dass man aber zum Zeitpunkt des Beschlusses nicht einmal darlegen kann, was es kostet und welche finanziellen Synergien dieser Zusammenschluss bringt, hat uns dazu veranlasst, der Beschlussvorlage nicht zuzustimmen.

Also: „Preisschild“ dranhängen, dann prüfen wir, ob es zum Vorteil der Stadt ist. □

Klare Kante!

„Ohne Kostenklärung

keine Zustimmung“

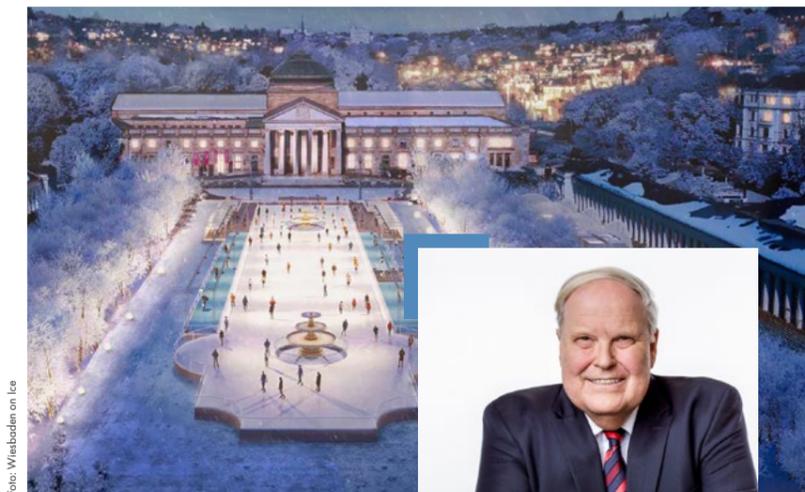


Foto: Wiesbaden on Ice

Petermartin Oschmann

stellv. Fraktionsvorsitzender

Stadtentwicklung

Wiesbaden on Ice gerettet

Die seit wenigen Jahren um den Jahreswechsel vor dem Kurhaus stattfindende Veranstaltung „Wiesbaden on Ice“ ist mit aktiver Unterstützung unserer Fraktion gerettet worden. Nach der letzten Saison war sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Daher war zu prüfen, ob und wie „Wiesbaden on Ice“, das sich großer Beliebtheit bei den Wiesbadenern, aber auch beim auswärtigen Publikum erfreut, fortgesetzt werden kann.

Ein im Grunde genommen völlig inhaltsleerer Vorschlag von CDU und FDP, diese Veranstaltung in städtischer Regie „unter Einbeziehung der „Sporthilfe Wiesbaden“ durchzuführen“, war für unsere Fraktion nicht akzeptabel und ist deshalb im Wirtschaftsausschuss am 13. Mai 2025 abgelehnt worden. Zusammen mit der Kooperation haben wir dann im letzten Sitzungszug Anfang September beschlossen, der weiterhin von privater Seite organisierten „Wiesbaden on Ice“ einen Zuschuss in Höhe von 175.000 € zu gewähren, der allerdings an verschiedene und im Beschluss ausdrücklich festgelegte Bedingungen geknüpft ist. Zu nennen sind die kostenfreie Nutzung der Eisbahn durch Kinder und Jugendliche an Vormittagen, die Vorlage einer tragfähigen wirtschaftlichen Kalkulation, der Einsatz von energiesparender Kältetechnik sowie – im Falle des Erwirtschaftens von Überschüssen – deren Rückzahlung an die Stadt. Ausdrücklich ist „FWG/ProAuto“ diesen Weg zusammen mit der Kooperation in einem Antrag gegangen, weil „im Vordergrund unseres politischen Handelns immer die sachorientierte Lösung eines Problems steht und nicht parteipolitische Muskelspiele mit Schaufensteranträgen.“ □

Klare Kante!

„zusammen

sachorientierte

Lösungen finden“



Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender

Digitalisierung

Digitalisierung um jeden Preis?

Keine Steuergelder für Statistikfetischisten und ein Recht auf ein analoges Leben!

Der digitale Wandel ist in aller Munde. Häufig wird jedoch von verschiedenen Dingen ausgegangen, und für unserer Ansicht nach nicht ausgereifte Modelle wie z. B. „DIGI-V“ (das Verkehrsleitsystem, das bisher offensichtlich wenig gebracht, aber schon über 30 Mio. € gekostet hat) werden Steuergelder ausgegeben.

Dass die Digitalisierung voranschreitet und auch voranschreiten muss, ist unbestritten. Ob jedoch, wie es in den Parteitagsreden des Stadtparlaments heißt, die Stadt „gerechter, ökologischer und feministischer“ wird, wagen wir im Moment zu bezweifeln.

Zum einen sollte die Digitalisierung der Verwaltung ja Personal einsparen, das in Zeiten des Fachkräftemangels schwer zu bekommen ist. Stattdessen, das zeigen die aktuellen Anmeldungen zum Haushalt, wird gerade für diesen Bereich über alle Ämter hinweg Personalbedarf angemeldet.

Man muss nicht jede Statistik erheben, nur damit man sie als „Open Source“-Statistikfreaks und Menschen mit ausgeprägter Tagesfreizeit zur Verfügung stellen kann. Wir finden: Digitalisierung muss erst einmal vom Bürger aus gedacht werden, und Verwaltungsprozesse, wie z. B. die verschiedenen Anträge,

müssen umgesetzt werden. Auch hier gilt: Pflicht vor Kür, und wir müssen – das ist uns extrem wichtig – für Menschen, die eben nicht digitalisiert sind, wie Ältere, auch noch eine ganze Weile das „Recht auf ein analoges Leben“ bieten, mit Formularen in Papierform und Mitarbeitern, die diese entgegennehmen und durch den Verwaltungsdschungel führen. □

EINE Service App für Wiesbaden anstelle Flickenteppich

Christian Bachmann

Umwelt

Im Umweltausschuss haben wir mit einem Antrag einmal genau nachgefragt, ob die verschiedenen Apps wie „Sauberes Wiesbaden“ und „ELW“ mit dem Abfallkalender nicht entsprechend zusammengeführt werden können – gerne auch mit weiteren Funktionen im Hinblick auf die Zusammenlegung von ELW und Grünflächenamt.

Überraschenderweise ist dies sogar durch die ELW schon in Planung,

zumindes was die beiden Apps zum Müll angeht. Wir stellen uns eine Service-App vor, die bereits weitere Funktionen beinhaltet und einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger bietet. Daher bleiben wir an dem Thema dran. □



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

Verkehr

Massive Parkplatzvernichtung in der Nerostraße

Dutzende von Parkplätzen, genau gesagt 37 Stück (!), wurden vor ein paar Wochen über Nacht in der Wiesbadener Nerostraße auf einen Schlag vernichtet. Dabei war in einer offiziellen Pressemeldung der Landeshauptstadt Wiesbaden lediglich von „einigen“ Stellplätzen die Rede. Sehr bezeichnend, wie hier verkehrspolitischer Unsinn verharmlos und heruntergespielt wird. Die begleitende Einführung des Tempolimits von 20 Km/h ist geradezu lächerlich und nicht praktikabel. Die Autofahrer werden sich hoffentlich wehren. Für viele Anwohner, sowie Gewerbetreibenden und ihre Kunden ist das nicht nachvollziehbar und inakzeptabel. Der Wegfall von mehr als der Hälfte der bisherigen Parkplätze wird den Parkplatzzuchverkehr nur noch weiter erhöhen und es den Anwohnern erschweren

trotz Anwohnerparkausweises einen wohnungsnahen Parkplatz zu finden. Hier wird wieder rein ideologisch gehandelt. Geradezu eine Verhöhnung der arbeitenden Bevölkerung seitens der städtischen Verantwortlichen ist es, auf Parkhäuser zu verweisen, in denen ein Stellplatz fast 1500 € (!) im Jahr kostet. Einige Politiker der Links-Kooperation haben wohl keine Ahnung, wie die finanzielle Lebensrealität vieler Menschen in der Innenstadt aussieht. Die gerechtfertigten Bedenken und Befürchtungen von besorgten Anwohnern bezüglich einer Verkehrsberuhigung der Nerostraße, wurden in Versammlungen von den Oberen abgetan und zurückgewiesen. Unterstützt von den üblichen bestellten Claqueuren, die lautstark die links-woken Forderungen vertraten. Einer dieser Aktivisten soll sich sogar derart

entblödet haben, die Umgestaltung als eine „Lanze für die Demokratie“ zu bezeichnen. Hier offenbart sich deutlich, mit welchen Akteuren man es da manchmal zu tun hat. Zunächst soll diese Umgestaltung mit der massiven Parkplatzvernichtung und dem Tempolimit von 20 Km/h zwei Jahre dauern und dann geprüft werden. Wer sich jedoch ähnliche, zurückliegende Maßnahmen dieser Art anschaut, der stellt fest, dass diese ideologischen Projekte in der Regel fast nie mehr zurückbaut, sondern im Gegenteil noch erweitert werden (wie es hier auch geplant ist). Da hilft nur, dass sich die vernünftigen Bürger zusammenschließen und den Politikern, die ihnen und ihrem Umfeld schaden, endlich die rote Karte zeigen, damit der verkehrspolitische Spuk endlich aufhört. Schon am 15. März ist Kommunalwahl ... □

Finanzen

Verheimlicht die Stadt etwas?

Petermartin Oschmann

In der letzten Sitzung des Sozialausschusses ging es um mögliche, zu hohe Kosten für Wohnungen, die Bürgergeldbeziehern erstattet werden. Ausgangspunkt ist eine Vorschrift im Sozialgesetzbuch, nach der nur die

Mietkosten erstattet werden, sofern sie „angemessen“ sind. In dieser Frage hat die Stadt einen Ermessensspielraum, da es an einer bundeseinheitlichen Regelung fehlt. Folglich wollte die Fraktion wissen, ob es in Wiesbaden Fälle gibt, in denen einem Bürgergeldbezieher ein Betrag für die Miete in Höhe von 20,00 € pro Quadratmeter erstattet wird.

Der Antrag hat offenbar eine sensible Thematik angesprochen. Die Sozial-

dezernentin hat sich geweigert, hierzu konkrete Angaben zu machen. Zahlen zu dieser Frage fehlten gänzlich. Ihr sehr kurzer mündlicher Bericht war deshalb inhaltsleer. Dieses Verhalten der Sozialdezernentin ist inakzeptabel. Gerade in der gegenwärtigen Diskussion um das Bürgergeld und um die damit verbundenen Wohnkosten, wäre es ratsam gewesen, an dieser Stelle transparente Auskünfte zu erteilen. □



Foto: Christian Hill

Klare Kante!

„Parkplätze in der Innenstadt schützen!“



Foto: Christian Hill

Klare Kante!

„Lieber schneller

Verkauf, als

langes Elend!



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

Stadtentwicklung

Wie geht es weiter mit dem Palasthotel?

Nachdem die Stadt Wiesbaden in der Vergangenheit (auch über stadteigene Gesellschaften) zahlreiche Objekte in der Innenstadt erworben hat, wird es höchste Zeit, größere Immobilien wieder in private Hände zu legen. Die Stadt ist einfach nicht in der Lage, Dutzende Großprojekte, die Millionen an Investitionen erfordern, gleichzeitig zu stemmen. Allein für das Palasthotel werden ca. EUR 41 Millionen (!) für die Sanierung veranschlagt. Dafür haben wir schlichtweg kein Geld!

Eine Veräußerung des Palasthotels an einen privaten Investor ist daher das Gebot der Stunde. Jedoch darf die Stadt Wiesbaden das nicht weiter auf die lange Bank schieben. So ist in der Vergangenheit ein potenzieller Investor, der das Palasthotel als Grandhotel wie zu seinen besten

Zeiten wieder aufleben lassen wollte, abgesprungen, weil alles viel zu lange dauerte und die Stadt zu keiner konkreten Entscheidung fähig war. Hier muss sich die Vorgehensweise dringend ändern.

Der Erlös, den man mit dem Verkauf erzielen könnte, würde sich wunderbar dafür eignen, in sanierungsbedürftige, innerstädtische Bestandsimmobilien oder Schulen reinvestiert zu werden. Die Stadt hat momentan einfach zu viele marode, alte Buden im Portefeuille.

Als großes Problem bei der Vermarktung des Objektes, können sich aber auch die Phantasien von Stadtrat Kowol erweisen, die unter anderem vorsehen, den Bereich Webergasse/Langgasse/Kranzplatz künstlich für den Autoverkehr zu sperren. Das

Palasthotel läge dann nämlich in einer verkehrstechnisch schlecht erreichbaren Sackgasse. Diese Planung ist ein schwerwiegendes Investitionshemmnis und muss daher verhindert werden.

Die Links-Kooperation im Rathaus hat nun mit ihrer Mehrheit beschlossen zu prüfen, ob man das Palasthotel für 99 Jahre in sog. 'Erbpacht' an einen Investor abgeben könnte. Diese Prüfung kann sich aber hinziehen. Außerdem ist Erbpacht für viele Investoren wirtschaftlich uninteressant. Es wird also noch lange, lange dauern, bis da etwas geschieht. Stand jetzt hat die Stadt zunächst einmal die meisten der bisherigen Wohnungen im Objekt entmietet und mit Flüchtlingsfamilien belegt. So läuft das in Wiesbaden ... ☐

Umwelt

Mülltrennung: Warum nicht die Stadt und die Schulen?

Christian Bachmann

Im Umweltausschuss haben wir einen Sachverhalt thematisiert, der eigentlich selbstverständlich sein sollte: Warum müssen Gewerbetreibende, die Industrie und Privathaushalte zwangsweise Mülltrennung vornehmen und Tonnen vorhalten, die Stadt aber ebendies nur punktuell und in den Schulen gar nicht?

Unabhängig davon, dass die Trennung der verschiedenen Abfallarten, wenn man die Schulen als

Beispiel nimmt, auch einen pädagogischen Zweck erfüllt – nämlich den Kindern die Möglichkeit des Recyclings aufzuzeigen –, besteht hier ein Ungleichgewicht, das behoben werden sollte. Vor allem, weil alle anderen gezwungen sind, Mülltonnen zu bezahlen und – falls mal etwas falsch eingeworfen wird – diese nachträglich zu sortieren (siehe Biomüllüberprüfungen der letzten Monate). ☐



Foto: Christian Hill

Mobilität

Autofreies Rheinufer – Debakel mit Ansage!

Christian Hill

Bereits in der Frühjahrs-Ausgabe von 'Klare Kante' berichtete ich von dem geplanten Verkehrsversuch in Biebrich, das Rheinufer für vier Wochenenden für den Auto- und Busverkehr zu sperren. Und im August war es dann so weit. Viermal von Freitag abends bis Montag früh wurde diese Maßnahme durchgeführt. Und es wurde ein einziges Debakel! Alleine schon die Tatsache, dass Autos argloser Bürger, die diese auf einem ordentlichen Parkplatz wähten, mitten in ihren verdienten Sommerferien abgeschleppt wurden und bei der Rückkehr eine böse Überraschung erlebten, ist eine absolute Schande. Dies zeigt deutlich, wie rücksichts- und empathielos die Verantwortlichen hier vorgingen. Ohne jedes Fingerspitzengefühl. Ebenso standen Fahrgäste an Bushaltestellen und warteten vergeblich auf Busse, die weiträumig umgeleitet wurden. Auch hier fehlte (wie bei den Stellplätzen) eine klare Kommunikation. Zum Schaden von Bürgern, die einfach nur von A nach B kommen wollten.

Letztendlich waren teilweise völlig leere, gesperrte Straßen die stillen Zeugen einer schwerwiegenden Fehleinschätzung des Ortsbeirates, diesen Unfug überhaupt durchzuführen. Alle Bedenken wurden leider klar bestätigt. Auch eine extra mit Steuergeldern beworbene Fahrradkampagne für das letzte Wochenende, wo Aktivisten „auf Teufel komm raus“ ans Biebricher Rheinufer gekarrt werden sollten, konnte das Ganze nicht beschönigen. Lediglich der Weinstand war gut besucht. Aber das ist der am Wochenende bei schönem Wetter immer. Die Gäste dort lassen sich durch ein paar Autos nicht stören. Doch die Verantwortlichen sind unbelehrbar. Sie feiern das Fiasko als großen Erfolg und haben jetzt schon vollmundig verkündet, den Unfug nächstes Jahr wieder durchführen zu wollen. Das gilt es zu verhindern! Alles soll so bleiben, wie es ist! ☐

Klare Kante!

„Schluss mit unsinnigen

Verkehrsversuchen!“



Symbolbild, Foto: Guido Khoury - stock.adobe.com

Stadtplanung

Fluxusschule – ein möglicher Dauerbrenner

Petermartin Oschmann

In der letzten Sitzung des Stadtparlaments am 11. September 2025 ist über das weitere Schicksal der Fluxusschule diskutiert worden. Diese Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung hat seit mehr als einem Jahr einen Standort in Breckenheim. Dies hatte das Stadtparlament im vergangenen Jahr beschlossen. Vorgesehen war dieser Standort für zwei Jahre. In dieser Zeit sollte ein neuer Standort gesucht werden. Gefunden wurde für eine weitere Interimslösung ein Grundstück am Rhein in der Nähe der Autobahnbrücke. Diese Lösung stößt auf erheblichen Widerstand, vor allem vor dem Hintergrund der besonderen pädagogischen Herausforderungen im Schulalltag. Sowohl die Lehrerschaft als auch die Eltern der Fluxusschüler haben ihre Bedenken auf vielfältige Weise deutlich gemacht. In der Tagespresse ist darüber ebenfalls breit berichtet worden.

Unsere Fraktion, die an erster Stelle immer praxistaugliche Lösungen sucht, hat deshalb im Stadtparlament beantragt, die „Breckenheimer Lösung“ noch ein weiteres Jahr bis Mitte 2027 fortzusetzen, damit bis dahin bessere Standorte, wie möglicherweise einer in der Nähe der Waldorfschule in Biebrich, geprüft werden können. Der Schuldezernent hatte wenige Tage zuvor diesen Weg in einem Schreiben angedeutet. Die Kooperation hat sich unserer Lösung nicht angeschlossen. Das ist schade. Offensichtlich werden Liegenschaftsinteressen in Breckenheim höher bewertet als die berechtigten Interessen der Eltern von Kindern, die auf eine sonderpädagogische Förderung angewiesen sind. ☐

Für Sie aktiv in Wiesbaden!



Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender
Seit 2011 Stadtverordneter

Ortsbeiratsmitglied
Nordenstadt 2016 - 2021



Petermartin Oschmann

stellv. Fraktionsvorsitzender
Seit 1989 Stadtverordneter

Ortsbeiratsmitglied
Rheingauviertel 1972 - 1977



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender
Seit 2021 Stadtverordneter

Ortsbeiratsmitglied
Rheingauviertel 1989 - 1997
Westend 2001 - 2021



Andreas Ott

Fraktionsgeschäftsführer



Günter Schaefer

Magistratsmitglied seit 2023

Seniorenbeirat von 2015 -2016



Steffen Günther

Fraktionsreferent

Fraktionsgemeinschaft

FWG
Wiesbaden



**PRO
AUTO**



Die Bürgerlichen!

Impressum

Fraktion FWG Wiesbaden/Pro Auto
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (0)611/31 - 7643
V.i.S.d.P.: Christian Bachmann,
Fraktionsvorsitzender

fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de
fraktion@fwg-proauto.de